

TAGUNG

Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion im Umbruch: Lektionen aus der globalen Finanzkrise und neue Aufgaben für die Zukunft

*Kathrin Keil und Radostina Primova**

Aus Anlass des zehnten Geburtstags des Euro, der gemeinsamen europäischen Währung von nunmehr 16 EU-Staaten, ist es notwendig über zehn Jahre Euro Bilanz zu ziehen und einen Blick in die Zukunft der Währungsunion in Zeiten der globalen Finanzkrise zu wagen. Neben einer Bestandsaufnahme der bisherigen Leistungen des Euro sowie der noch zu bewältigenden Herausforderungen müssen die aktuelle Finanzkrise, Fragen des Wechselkurssystems sowie das Verhältnis der Nicht-Euro-Länder zur Wirtschafts- und Währungsunion als relevante Themen in diesem Zusammenhang näher beleuchtet werden.

Zehn Jahre Euro – erreichte Ziele

Zu Beginn der Konferenz zog *Gertrude Tumpel-Gugerell* hinsichtlich der erreichten Ziele der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) in den letzten zehn Jahren Bilanz. Insgesamt wurden der Leistung des Euro dabei mehrheitlich gute Noten ausgestellt. Die gemeinsame Währung habe sich trotz der problematischen Haushaltsdisziplin einiger Staaten als geldwertstabil erwiesen und zu einer historisch geringen Heterogenität von Inflationsentwicklungen und hoher Preisstabilität in den Euro-Ländern beigetragen, wodurch eine Währungskrise im Zuge der Finanzkrise verhindert werden konnte. Im internationalen Vergleich zeichne sich die Eurozone durch eine niedrige Volatilität von Inflation und realem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts aus, was sie zu einem zuverlässigen Orientie-

The Euro at ten: Governing the Eurozone in a globalised world economy

Fachkonferenz des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. in Zusammenarbeit mit der Stiftung Wissenschaft und Politik

Berlin, 8. Dezember 2008

Begrüßung

Prof. Dr. Volker PERTHES, Direktor, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit; geschäftsführender Vorsitzender, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Key-note speech: Challenges for the Euro at ten

Gertrude TUMPEL-GUGERELL, Member of the Executive Board, European Central Bank, Frankfurt a. M.

Taking stock: the performance of EMU at ten

Vorsitz: Prof. Hans-Helmut KOTZ, Member of the Executive Board, Deutsche Bundesbank, Frankfurt a. M.

Pervenche BERÈS, Chairwomen of the Committee on economic and monetary affairs of the European Parliament

Dr. Martin MARCUSSEN, Associate Professor, Department of Political Science, Kopenhagen University

Dr. Holger SCHMIEDING, Chief European Economist, Bank of America, London

Europe's financial markets: how to cope with the crisis?

Vorsitz: Prof. Dr. Rolf CAESAR, Professor of Public Finance, University of Hohenheim

Karel LANNOO, Chief Executive Officer, Centre for European Policy Studies, Brussels

Prof. Dr. Reinhard H. SCHMIDT, Professor of International Banking and Finance, Johann Wolfgang Goethe University, Frankfurt a. M.

* Kathrin Keil, Studentin im Masterprogramm European Affairs an der Lunds Universität, Schweden.
Radostina Primova, Studentin im Masterprogramm Politikwissenschaft an der Universität Bremen.

rungspunkt mache. Als Folge der Inflationsstabilität konnte eine erhöhte Stabilität und Vorhersehbarkeit der Zinssätze erreicht sowie das Vertrauen der Finanzmärkte in die gemeinsame Währung gestärkt werden. Positiv wurden auch die gut integrierten Finanzmärkte, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in einigen Ländern hervorgehoben. Die meisten Konferenzteilnehmer waren sich einig, dass der Euro eine besonders wichtige Position als internationale Reservewährung erreicht habe. So könne die Eurozone als ein Stabilitätsfaktor angesehen werden, der eine ‚Isländisierung‘ vieler europäischer Staaten im Zuge der Finanzkrise verhindert habe. Mehrfach wurde von den Teilnehmern hervorgehoben, dass sich auch für diejenigen Länder Vorteile ergeben hätten, die viele strukturelle Probleme und schwierige Reformen zu meistern hatten und dem Euro anfangs oft mit einer gewissen Skepsis begegneten. So sei vor allem der deutsche Anpassungsprozess nach der Wiedervereinigung und damit die Senkung der Krisenanfälligkeit in Deutschland als großer Erfolg zu verbuchen. Der Bewertung der meisten Experten zufolge lassen sich bis zur Finanzkrise deutliche Erfolge bei der Erzielung von makroökonomischer Stabilität in der Eurozone beobachten. Tumpel-Gugerell hob abschließend hervor, dass es der Europäischen Zentralbank (EZB) gelungen sei, ihre Glaubwürdigkeit in den letzten zehn Jahren unter Beweis zu stellen und das Vertrauen in den Euro zu stärken.

Auch nach zehn Jahren noch viel zu tun – Herausforderungen an die Wirtschafts- und Währungsunion

In ihren Vorträgen stellten *Pervenche Berès* und *Holger Schmieding* fest, dass die momentane Finanz- und Wirtschaftskrise die größte wirtschaftliche und politische Herausforderung für die WWU seit ihrem Bestehen darstellt. Diese müsse in diesem Zusammenhang als ‚Stresstest‘ für die Eurozone angesehen werden, aus dem Lehren für die Zukunft gezogen werden könnten.

Exchange rate policies: back to Bretton Woods?

Vorsitz: Prof. Dr. Wim KÖSTERS, Professor of Economics, University of Bochum

Prof. David MARSH, Chairman, London and Oxford Group, London

Prof. Dr. Wolf SCHÄFER, Professor of Economics, Helmut-Schmidt-University, Hamburg

Governing the Eurozone in the next decade

Vorsitz: Dr. Daniela SCHWARZER, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Dr. Christian KASTROP, Chairman of the Economic Policy Committee (EPC) of Ecofin Council

Dr. Dirk SCHUMACHER, Executive Director, Senior European Economist, Goldman Sachs, Frankfurt a. M.

Prof. Dr. Stefan COLLIGNON, Professor of Political Economy, University of Pisa

Es wurden zahlreiche Themenbereiche genannt, in denen die WWU aktuell und in Zukunft vielfältigen Problemen und Herausforderungen gegenübersteht und stehen wird. *Dirk Schumacher* hob in seinem Vortrag diesbezüglich erstens den Bereich Divergenz, also das Problem der finanz- und währungspolitischen Anpassung zwischen den einzelnen Ländern, hervor. Zweitens verwies er auf den Bereich der fiskalpolitischen Koordination, in dem seiner Ansicht nach noch am meisten getan werden müsse. ‚Moral Hazard‘-Probleme und unterschiedliche Koordinierungsabsichten in den einzelnen Ländern stellten, verschärft durch die Krise, ernstzunehmende Herausforderungen dar. Im Zusammenhang mit der Bankenkrise trete zudem das Risiko von souveränem Leistungsverzug („default“) in den Vordergrund. In diesem Kontext stelle sich laut Schumacher die Frage, wie die Währungsunion in Zukunft mit dem Risiko umgehen könne, dass ein Land seinen Verpflichtungen im Rahmen der WWU nicht nachkommen kann und damit die Stabilität der gesamten Union gefährdet. Aufgrund der zwangsläufigen Interdependenz in einer Wirtschafts- und Währungsunion würden andere Länder der Gemeinschaft durch das Scheitern von einer oder mehreren Banken in einem einzelnen Land ebenfalls geschädigt. In die-

sem Zusammenhang war von Seiten einiger Teilnehmer auch von der Möglichkeit der Erpressung zwischen den Staaten die Rede. Wenn ein Land aufgrund von Milliardenabschreibungen von heimischen, aber europäisch beziehungsweise international vernetzten, Banken nicht in der Lage sein könnte, diese allein zu stützen, müssten andere Staaten zwangsläufig eingreifen, um einen Dominoeffekt zu verhindern und so ihre eigenen Interessen zu schützen.

In mehreren Beiträgen wurde als weitere Herausforderung genannt, dass die Herstellung von Finanzstabilität als wichtige Regierungsaufgabe in den einzelnen Staaten anerkannt werden müsse. Hierbei müsse vor allem auf die richtige Verantwortungsverteilung zwischen lokalen und zentralen Akteuren geachtet werden. Die Krise habe gezeigt, dass das Finanzsystem viel fragiler sei als gemeinhin angenommen. Infolgedessen stellten sich Vertrauensverluste sehr viel schneller ein und könnten wesentlich dauerhafter wirken. Mehrfach wurde auch die Frage nach dem richtigen Regulationsrahmen in Wirtschafts- und Währungsfragen thematisiert. Ein Großteil der aktuellen Probleme hänge mit makroökonomischen Fragestellungen zusammen. Deswegen müsse eine ausgewogene Kombination von Marktfreiheit und Regulation hergestellt werden. Obwohl über die Notwendigkeit der Berichtigung des regulativen Rahmens für den Finanzsektor durchaus Konsens bestand, wurde von Seiten einiger Teilnehmer auch darauf verwiesen, dass man nicht zu viel vom Instrument der Regulation erwarten dürfe. Auch andere Faktoren müssten miteinbezogen werden. Herausforderungen an den Euro stellten sich nämlich neben der europäischen auch auf der internationalen Ebene. Hier wurde mehrheitlich der Standpunkt vertreten, dass die Europäische Union ein aktiver Akteur in der Restrukturierung der globalen Finanzarchitektur sein müsse. Dies könne etwa in Form eines gemeinsamen Sitzes und eines einheitlichen Auftretens in den internationalen Finanzinstitutionen bewerkstelligt werden. Auch im Hinblick auf die

Einbindung weiterer wichtiger – bisher außen vor gebliebener – Akteure in den multilateralen Rahmen sei eine verstärkte Präsenz und Aktivität der Europäischen Union notwendig. Dies betreffe aufsteigende Wirtschaftsmächte wie zum Beispiel China. Die globale Krise habe mit globalen Ungleichgewichten zu tun. Deswegen sei die Einbeziehung möglichst vieler Akteure ausschlaggebend für die erfolgreiche Bewältigung dieser Herausforderung.

Vor dem Hintergrund der genannten Herausforderungen wurden in mehreren Beiträgen verschiedene konkrete Lösungs- und Verbesserungsvorschläge formuliert. So seien verstärkte Bemühungen notwendig, um strukturelle Reformen im Sinne der Lissabon-Strategie voranzubringen und so das Wachstum zu sichern und Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu gehörten die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union, die Vollendung des Binnenmarktes – vor allem im Bereich der Finanzdienstleistungen – die Schaffung eines einheitlichen Rahmens für die Finanzpolitik als Rückgrat für die Währungsunion sowie klare Absichtserklärungen von Seiten der Mitgliedstaaten, diese Reformen auch zielstrebig anzugehen. Zusammen mit der Notwendigkeit der Erhaltung, Stärkung und Erneuerung von öffentlichem Vertrauen in die Fiskalpolitik, wurde auch eine erhöhte Kohäsion in der Entwicklung von Kosten und Preisen in den einzelnen Staaten als wesentlich erachtet. Gemeinsam sollten auch die Vorteile und Errungenschaften der WWU besser vermittelt werden. Die Teilnehmer der Konferenz sprachen sich dafür aus, die Preisstabilität als Hauptziel der europäischen Währungspolitik beizubehalten, um so die Stabilisierung des Geldmarktes zu gewährleisten. In Zeiten der Krise müsse jedoch zunehmend auch das Problem der Kreditknappheit sowie die Diskussion über Stimulusaktionen seitens der Mitgliedstaaten wie der Europäischen Kommission thematisiert werden. In diesem Sinne müsse auch verstärkt über die Langzeiteffekte der Reformmaßnahmen sowie die Nachhaltigkeit der öffentlichen

Finanzen gesprochen werden. Ein Teilnehmer hob hervor, dass öffentliche Investitionen anstelle von öffentlichem Konsum gefördert werden müssten. Erstere würden sich insofern auszahlen, als sie in den Wirtschaftskreislauf zurückfließen. Dies sei durch Reformbemühungen im Bereich der Informationstechnologie, der Forschung und Entwicklung, der Infrastruktur, der Bildung sowie durch die richtige Organisation des Arbeitsmarktes zu erreichen.

Schlüsselherausforderung: mehr und bessere Kooperation

Im Laufe der Konferenz wurde die zentrale Bedeutung von mehr und besserer Koordination der jeweiligen nationalen sowie der internationalen Akteure zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen herausgestellt.

In seinem Vortrag wies *Christian Kastrop* jedoch darauf hin, dass es bedingt durch die Finanzkrise sogar zu Rückschritten bei Koordinierungsbemühungen zwischen den jeweiligen Akteuren der EU-Mitgliedstaaten – zum Beispiel durch verstärktes Beharren auf dem Subsidiaritätsprinzip als Gegenwehr zu strukturellen Reformen – kommen könnte. Probleme mangelnder Koordination seien bereits durch die aktuelle Krise deutlich geworden. So seien andere Regierungen etwa durch das irische Bankenrettungspaket de facto dazu gezwungen worden ähnliche Maßnahmen zu ergreifen. Ein erheblicher Mehrbedarf an Koordinierung bestehe daher vor allem auf der strukturpolitischen Ebene der Europäischen Union im Allgemeinen und der WWU im Speziellen. Als Beispiel seien hier die Koordinierung von Stabilisierungsmaßnahmen sowie die Ausgestaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu nennen. Eine dem entsprechende strukturelle Reformagenda sei laut Kastrop aber derzeit noch inhaltlich und institutionell sehr vage gehalten. Deswegen müsse eine deutlichere Akzentuierung der Bemühungen erreicht werden.

Auch in der Kooperation zwischen der europäischen und der nationalen Ebene gebe es noch Verbesserungsbedarf, denn die EZB könne die Probleme in der Währungspolitik nicht allein bewältigen. Aus diesem Grund müssten mehr und direktere Kontakte etwa zur Koordination von nationalen Bankenrettungsplänen sowie von nationalen und europäischen Stimuluspaketen zwischen der EZB und den Vertretern der EU-Mitgliedstaaten erreicht werden. Die Mitgliedstaaten müssten sich auch untereinander besser koordinieren, um durch gegenseitige Beratung und Lernprozesse Synergieeffekte freisetzen zu können. Hierdurch könnte etwa dem Problem des Subventionswettlaufes zwischen den Ländern entgegengetreten und die institutionelle Tragfähigkeit des öffentlichen Sektors in den Staaten verbessert werden, zum Beispiel in Form von besseren Reaktionsgeschwindigkeiten auf exogene Schocks. Von Seiten einiger Teilnehmer wurde angemerkt, dass es in diesem Zusammenhang auch wichtig sei, verstärkt Themen zu diskutieren, die über den rein finanziellen Rahmen hinausgingen, wie etwa ein intensivierter Dialog mit sozialen Partnern. Aufgrund der nationalen Politikunterschiede sei es hierbei allerdings problematisch eine gewisse Kontinuität der Kooperation aufrechtzuerhalten.

Ein mögliches Instrument für eine intensivere Kooperation der Akteure sei nach Kastrop die Aufwertung des Makroökonomischen Dialogs. Auf technischer Seite habe sich diese Institution bereits bewährt, allerdings müsse noch am politischen Format gearbeitet werden, um diese Einrichtung zu einem nützlichen Kooperationsforum zu machen. Es wurde vorgeschlagen, den Dialog in Form von halbjährlichen Treffen der Vertreter der Eurozone, eventuell in Kombination mit der Schaffung eines Eurogruppenvorsitzenden, zur besseren Vorbereitung und Koordinierung der Finanzminister aufzuwerten. Ein makroökonomischer Dialog sei besonders für die Länder der Eurozone sehr wichtig. Um das Senden falscher Signale an die Nicht-Euro-Länder zu vermeiden, könnten diese Treffen

jedoch auch in informeller Art etwa in Form eines informellen Ecofin-Rats initialisiert werden.

Im Anschluss an Kastrops Vortrag wurde angemerkt, dass es notwendig sei außer den Vorteilen auch die Kosten einer erhöhten Koordinierung auf europäischer Ebene zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang wurde auf die notwendige Differenzierung zwischen kurz- und langfristigen Zielen hingewiesen. Je nach Zielsetzung seien unterschiedliche struktur- und finanzpolitische Maßnahmen erforderlich.

Der institutionelle Rahmen

Einheitlich wurde festgestellt, dass sich die Länder der Eurozone trotz großer Unterschiede in den nationalen Währungspolitiken, auf einen stabilitätsorientierten Rahmen im Sinne des deutschen Systems der Bundesbank geeinigt hätten. Wesentlicher Bestandteil dieses Systems sei die Festschreibung der Unabhängigkeit der EZB im Maastrichter Vertrag. Das Festhalten am Bundesbankmodell gegenüber dem ‚Federal Reserve Model‘ wurde – besonders hinsichtlich der vermuteten französischen Ambitionen die Unabhängigkeit der EZB teilweise auszuhebeln – von einzelnen Teilnehmern als sehr positive Entwicklung gewertet.

Hinsichtlich einer etwaigen Einrichtung einer Wirtschaftsregierung der Eurozone wurde erneut auf das Problem des Ausschlusses der anderen Staaten verwiesen. Ein Teilnehmer äußerte sich dahingehend, dass anstelle einer Diskussion über die höhere Sinnhaftigkeit einer politischen oder einer Wirtschaftsunion eher auf dem existierenden institutionellen Rahmen aufgebaut werden sollte. Die zentrale Aufgabe der EZB sei es vielmehr, die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen und so durch eine vorhersehbare Politik das Vertrauen in die Institutionen zu stärken.

Der politische Rahmen

Stefan Collignon hob in seinem Vortrag die politischen Herausforderungen an die WWU

hervor. Als zentrales Problem nannte er die Unsicherheit des Finanzsystems. Um diesem zu begegnen, sei es im Sinne eines neuen Keynesianismus notwendig, Regierungen als notwendige Akteure anzuerkennen, die zur Minimierung dieser Unsicherheit beitragen könnten. Eine solche erweiterte Rolle der Regierungen sei allein eine Frage des politischen Willens. Collignon wies weiterhin auf die Notwendigkeit der Lenkung der Eurozone zum Beispiel durch einen Staat der die Führung übernimmt hin. Angesichts der Erweiterung der Europäischen Union um immer mehr Mitglieder würden die Interessen der einzelnen Staaten immer heterogener. Deshalb sei eine stärkere und konkretere Politiklenkung erforderlich. Als weiteres Problemfeld führte Collignon das Demokratiedefizit der Europäischen Union und die wachsende Kluft zwischen den Bürgern und den bürokratischen Eliten an. Die unzureichende Beteiligung der europäischen Bürger an den Entscheidungsprozessen der Europäischen Union führe zu mangelnder Transparenz und damit zu einem ‚Bürokratensystem‘, in dem alle Entscheidungen im Verborgenen gefällt würden. Dies sei mit ein Grund für den wachsenden Populismus und Nationalismus in der Europäischen Union. Als Reaktion auf diese Entwicklung müsse das Europäische Parlament mehr in die europapolitischen Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Darüber hinaus müsse man den Bürgern die Möglichkeit geben, ihre Präferenzen und Wünsche hinsichtlich des europäischen Projekts zu äußern. Kontrovers aufgenommen wurde die von Collignon vertretene Auffassung, die Bürger Europas müssten als die Eigentümer der europäischen öffentlichen Güter sowie als die ‚Auftraggeber‘ ihrer nationalen Regierungen verstanden werden.

Die Reaktion der Europäischen Union auf die Finanzkrise

In einem weiteren Themenblock präsentierten *Karel Lannoo* und *Reinhard H. Schmidt* die unterschiedlichen zur Bewältigung der Finanzkrise auf der europäischen Ebene initiiert-

ten Maßnahmen und Aktionen. In der ersten Phase der Krise bis Mitte September 2008 sei diese zunächst als amerikanisches Phänomen empfunden worden. Die Europäische Union habe demgegenüber mit der Stärkung von Überwachungsmechanismen, der Entwicklung von grenzüberschreitenden Kooperationsvereinbarungen sowie der Aktualisierung des ‚Memorandum of Understanding‘ reagiert. Zudem sei vorgeschlagen worden, Ratingagenturen gesetzlich zu regulieren. Letztere seien als Berater von Banken als spezielle Finanzmarktakteure zu werten und könnten so Interessenkonflikte auslösen.

Lannoo betonte in seinem Vortrag, dass die Europäische Union trotz dieser Maßnahmen gleichwohl keine europäische Führungsrolle im Kampf gegen die Krise übernommen habe und weitgehend unsichtbar geblieben sei. So habe die Konferenz der Länder der Eurozone am 12. Oktober 2008, zwar zu einer gewissen Koordination der nationalen Pläne geführt. Nach wie vor sei jedoch fraglich, ob das Ziel der Nichtdiskriminierung aufgrund der enormen Rückwirkungen der unterschiedlichen nationalen Maßnahmen auf die Wettbewerbspolitik der Europäischen Union gewährleistet werden könne.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Problematik erläuterte Lannoo die Frage, warum die geschilderten Reaktionen keine adäquate Antwort der Europäischen Union auf die globale Finanzkrise darstellten. Denn obwohl die Kontrollgremien zwar mehr Aufgaben übernehmen würden, bleibe ihre Funktion primär beratend und damit ohne jede rechtlich bindende Einflussnahme. Ein weiteres Problem betreffe die bilaterale und asymmetrische Struktur der Aufsichtsgremien und ihre schwach konsolidierte Führung. Hierdurch würden sich rechtliche Probleme ergeben, die ihre Funktion als wirkungsvolle Koordinierungsgremien in Krisenzeiten infrage stellten. Vor dem Hintergrund der dargestellten Probleme empfahl Lannoo, dass ein Prozess auf den Weg ge-

bracht werden sollte, der zur Gründung einer weitaus besser integrierten europäischen Aufsichtsbehörde führen könne. Dies könne etwa in Form eines EU-Systems finanzieller Aufsichtsorgane mit rechtlich bindender Wirkung geschehen. Zu den zentralen Aufgaben der gemeinsamen europäischen Behörden sollten vor allem die makroökonomische Aufsicht, die Schaffung eines Frühwarnsystems, die Aufsicht systematisch wichtiger Banken, die Zusammenführung von Expertise und das Krisenmanagement gehören. Des Weiteren wurden Reformvorschläge zur Umstrukturierung der sogenannten De Larosière-Gruppe (hochrangige Expertengruppe zur EU-Finanzaufsicht)¹ vorgebracht. Zum einen müsse die Gruppe ein formales Mandat des Rats erhalten, um ihre Funktionen glaubwürdig erfüllen zu können. Zum anderen solle man sich in der Gruppe vor allem darauf konzentrieren, die Steuerungsziele zu harmonisieren und eine einheitliche rechtliche Aufsichtskontrolle in der Europäischen Union zu führen. Ergänzend sollte man europäische Resolutionstreuhandfonds für in Zahlungsschwierigkeiten geratene EU-weit agierende Banken gründen. Abschließend führte Lannoo aus, dass einer effizienten EU-Krisenreaktion vor allem das Fehlen einer gemeinsamen Vision von einem stabilen und vernünftigen Banken- und Finanzmarktssystem im Wege stehe.

Das Verhältnis der Nicht-Euro-Länder zur WWU am Beispiel Dänemark

Martin Marcussen stellte in seinem Vortrag fest, dass offiziell von Seiten der Euro-Länder nach wie vor beteuert werde, dass die nichtteilnehmenden Staaten in die informelle Gruppe der Euro-Länder einbezogen werden müssten und dass der Ecofin-Rat der politisch ausschlaggebende Ort für die wirtschaftliche Koordination in der Europäischen Union bleibe. Faktisch lasse sich aber eine Formalisierung der Eurogruppe-Treffen, zum Beispiel durch die Einsetzung der Arbeitsgruppe der

1 Europäische Kommission: Hochrangige Expertengruppe zur EU-Finanzaufsicht – erstes Treffen am 12. November, Pressemitteilung IP/08/1679, 11.11.2008.

Euro-Länder, feststellen. Dazu käme, dass während der Ecofin-Rat nach wie vor die formellen Entscheidungen treffe, die meisten formellen Beschlüsse bereits vor diesen Treffen gefällt würden. Dadurch käme es nach Marcussen de facto eher zu einer Differenzierung denn zu einer Harmonisierung zwischen den Staaten inner- und außerhalb der EWU. Die Reaktionen auf diese Entwicklung seien in kleinen und großen Mitgliedstaaten unterschiedlich. Vor dem Hintergrund der geringen Einflussmöglichkeiten der kleineren Staaten, gäbe es in Dänemark keine Erwartungen, im Falle des Beitritts zur Eurozone maßgeblichen Einfluss auf die Politik der WWU zu nehmen.

Hinsichtlich der dänischen Beitrittsperspektive berichtete Marcussen, dass die Gefahr eines ‚Island-Effektes‘ in Bezug auf die Auswirkungen der Finanzkrise in Dänemark durchaus wahrgenommen würde. Dennoch werde ein kausaler Zusammenhang zwischen Finanzkrise und Euro-Mitgliedschaft von den dänischen Bürgern als nicht unbedingt ausschlaggebend angesehen. Die generelle mitgliedstaatliche Entwicklung der WWU betreffend wurde von einigen Teilnehmern bemerkt, dass obwohl die Aussichten auf eine Erweiterung gestiegen seien, die Überlegungen einiger Mitgliedstaaten (Italien und Spanien) hinsichtlich einer Exit-Option gleichzeitig jedoch einen möglichen WWU-Verfall andeuten könnten. Ein Beitritt Großbritanniens sei trotz des gestiegenen Drucks auf Dänemark, Schweden und Polen bis 2025 eher unwahrscheinlich. Gleichzeitig nehme aber die Frage nach den Konsequenzen einer Spaltung des Binnenmarktes in Mitglieder und Nicht-Mitglieder der Währungsunion immer mehr an Relevanz zu. Andererseits stiegen aber auch die politischen und ökonomischen Heterogenitäten zwischen den Euro-Staaten aufgrund der zunehmenden Bandbreiten für Staatsanleihen in der Eurozone.

Wechselkurssystem: zurück zu Bretton Woods oder auf zu Bretton Woods II?

David Marsh und Wolf Schäfer beleuchteten in ihren Vorträgen das Thema der globalen Wech-

selkursarchitektur in Zeiten der Krise. Nach der Immobilienkrise habe man vielfach den Ruf nach einem System neuer globaler Finanzarchitektur, die auf dem alten Bretton Woods-System aufbauen sollte, vernommen. Gegen eine Rückkehr zum Wechselkursmanagement spräche allerdings, dass die gegenwärtige Krise keine Krise des Wechselkurssystems sei. Stattdessen sollte sich ein neues System vor allem auf die Umgestaltung der institutionellen Einrichtungen durch die Einbeziehung privater Einrichtungen und Staaten im Managementsystembezogener Krisen konzentrieren. Aus diesem Grund wurden radikale Aktionen zur Erneuerung der ökonomischen Architektur im Zeitrahmen 2009-2010 als höchst unwahrscheinlich angesehen, vor allem da in Deutschland das Leitmotiv ‚keine Experimente‘ vorherrsche. In dieser Hinsicht wurde bezogen auf das künftige globale Wechselkurssystem vertreten, dass das Wiederaufleben eines multilateralen Wechselkurssystems mit einer Ankerwährung und bindenden globalen Regeln für nationales Wechselkursmanagement keine realistische und praktikable Lösung für die Bewältigung der Finanzkrise darstelle. Stattdessen werde sich laut Schäfer das gegenwärtige tripolare Wechselkurssystem möglicherweise zu einem vierpolaren System erweitern. Dies sei insbesondere im Hinblick auf China der Fall. Dessen Währung erfülle laut einiger Teilnehmer die Voraussetzungen einer Leitwährung. Vor diesem Hintergrund sei eine euro-asiatische Vereinbarung denkbar, da sich die Eurozone an die globale monetäre Entwicklung anpassen müsse. Abschließend wurde die Annahme geäußert, dass die globalen Wechselkursmärkte zunehmend durch frei bewegliche Währungen gekennzeichnet sein werden, an die ‚Pegs‘ und kontrollierte ‚Floats‘ gekoppelt werden. Aufgrund all dessen kamen beide Referenten zu dem Schluss, dass keine Rückkehr zu einem Bretton Woods-System zu erwarten sei.

Fazit

Insgesamt machte die Konferenz deutlich, dass sich die Europäische Union in Wirtschafts- und Währungsfragen vielfältigen in-

ternen und externen Herausforderungen gegenübersteht. Nichtsdestotrotz wurden aber auch vielfach die Vorteile und Errungenschaften einer europäischen Wirtschafts- und Wäh-

rungsunion hervorgehoben und damit verdeutlicht, dass Kooperation besonders in Krisenzeiten die adäquate Antwort auf eine immer komplexer werdende Welt darstellt.

Institut für Europäische Regionalforschungen



Europäische Integration und Wettbewerbspolitik

Die Frühphase der EWG

Von PD Dr. Sibylle Hambloch

2009, Band 11, 539 S., brosch., 89,- €,

ISBN 978-3-8329-4485-8

Die EWG-Wettbewerbspolitik war eines der vielseitigsten und erfolgreichsten Politikfelder der europäischen Integration in den 1960er Jahren. Die Studie zeigt auf, inwiefern es trotz unterschiedlicher nationaler ordnungspolitischer Traditionen und Interessen gelang, Strukturen, Prozesse und Inhalte einer gemeinschaftlichen Wettbewerbspolitik zu entwickeln.



Internationalismus und Europäische Integration im Vergleich

Fallstudien zu Währungen, Landwirtschaft, Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Herausgegeben von Christian Henrich-Franke, Cornelius Neutsch und Guido Thiemeyer

2007, Band 10, 232 S., brosch., 44,- €,

ISBN 978-3-8329-2733-2

Die Beiträge des Bandes beschäftigen sich u.a. mit der Frage, ob die Integration im Zeitalter des Internationalismus als Vorläufer der Europäischen Integration nach 1945 angesehen werden kann.

Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter ► www.nomos-shop.de



Nomos